

Von Asche, Gülle und Widerstand

Die Bausoldaten in der Nationalen Volksarmee der DDR

Gerold Hildebrandt

Vom 3. bis 5. September 2004 wird im Alten Rathaus Potsdam der Kongreß „Zivilcourage und Kompromiß: Bausoldaten in der DDR 1964–1989“ stattfinden, der von ehemaligen Bausoldaten und Wehrpflichtverweigerern vorbereitet wird, die sich als Arbeitsgruppe in der Robert-Havemann-Gesellschaft konstituiert haben.¹ Dabei soll dem Phänomen der waffenlosen NVA-Soldaten nachgegangen werden, das von 1964 bis zur Einführung eines Zivildienstes in Polen 1988 im damaligen Ostblock einmalig war. Bei dieser Tagung werden prominente und unbekannte Zeitzeugen und Autoren zu Wort kommen. Die erste Bausoldatengeneration befindet sich bereits im Rentenalter. Einer ihrer Protagonisten, Pfarrer Christfried Berger, auf dessen Idee der Kongreß zurückgeht, verstarb im November 2003.

Die Abschaffung der Kasernierten Volkspolizei, des Vorläufers der Nationalen Volksarmee (NVA), gehörte zu den Kernforderungen beim Volksaufstand im Juni 1953. Schon zehn Jahre vor Einführung der Wehrpflicht in der DDR wurden die (Re-) Militarisierung der Gesellschaft und deren finanzielle Folgen deutlich spürbar.² Freilich wagte es die SED erst nach dem Mauerbau, die Wehrpflicht wieder einzuführen. Die Flüchtlingszahlen wären noch höher ausgefallen. So klar und mehrheitlich wie am 17. Juni wurde selbst im Herbst 1989 nicht die Abschaffung der kommunistischen „Weltanschauungs-Armee“³ gefordert. Die Entmilitarisierung war stets eine der Forderungen der Opposition geblieben. Das Fehlen eines wirklichen Rechts auf Kriegsdienstverweigerung als gemeinsame Problemlage führte zu latenten Netzwerken eines oppositionellen Potentials, das sich nach und nach politisierte. Obwohl sich die überwiegend christlichen Bausoldaten – schon aus Gründen des Selbstschutzes vor Verfolgung – selbst nicht als politische Widerständler verstanden, war die Waffendienstverweigerung immer auch ein Akt politischen Protestes und Widerstands gegen die totalitären Zumutungen des SED-Regimes.⁴ Das Beharren auf ein eigenständiges Friedenszeugnis in persönlicher Freiheit bedrohte den Allmachtsanspruch der Herrschenden. Erst die Entmachtung der SED/PDS räumte den Weg frei für ein Zivildienstgesetz. Es war 1990 das liberalste weltweit, da es höchstens Geldstrafen bei völliger Wehrpflichtverweigerung vorsah.

Die Wehrpflicht diente in der DDR der Durchdringung der Gesellschaft, die auf bedingungslose Gefolgschaft ausgerichtet war. Darin unterschied sich die DDR nicht von anderen Regimes mit totalitärem Herrschaftsanspruch. Ideologische Indoktrination,

¹ Zum aktuellen Planungsstand vgl. www.bausoldatenkongress.de

² Vgl. Diedrich, Torsten: Lasten und Folgen der Militarisierung der DDR. Verschärfte wirtschaftliche Ausbeutung der Bevölkerung durch massive Aufrüstung 1952/53. In: Maruhn, Jürgen (Hrsg.): 17. Juni 1953. Der Aufstand für die Demokratie. München 2003, S. 58–72.

³ So formulierte es Lothar Kreyssig, der Gründer und langjährige Leiter der Aktion Sühnezeichen.

⁴ Vgl. Maser, Peter: Selbständigkeit, Einheit und innerer Zusammenhang der Friedensbewegung in der DDR. In: Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS 20-Abenteuer und die Friedensbewegung. Hrsg. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit München und Akademie für politische Bildung Tutzing. München. 2001, S. 174 (Reihe: Zur Diskussion gestellt).

Einübung von Parteilichkeit und Feindbildern waren wesentliche Ziele der Zurichtung junger Männer. Für den Terror nach innen standen Bereitschaftspolizei und Grenztruppen zur Verfügung, deren Bestand ebenfalls aus Wehrpflichtigen gespeist wurde. Militärischer Befehl und Gehorsam sollten vor allem eins erzeugen: Mittäterschaft.

Anders als in Demokratien war ein Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung nicht vorgesehen. Gewissenskonflikte waren programmiert. 1 550 junge Männer, zumeist Christen, gaben sich bei den Musterungen von Frühjahr 1962 bis Frühjahr 1964 offen als Wehrdienstverweigerer zu erkennen.⁵ Ihre Ablehnung militärischer Vereinnahmung erwuchs aus religiösen und ethischen Überzeugungen, einem radikalen Nachkriegs-Pazifismus oder war schlicht oppositionell begründet.

Die unerwarteten Verweigerungen und deren Unterstützung durch maßgebliche Teile der Evangelischen Kirche führten dazu, daß Ulbricht als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) am 7. September 1964 die Aufstellung von Baueinheiten anordnete, in welche die Waffenverweigerer einberufen werden sollten. Ein Jahr zuvor noch hatte der NVR „Spatenbrigaden“ als Strafkompagnien konzipiert, in der auch sogenannte Wehrunwürdige zusammengefaßt werden sollten. Weshalb diese rigidiere Variante verworfen wurde, bleibt bislang offen.⁶

Den Kriegsdienstverweigerern wurde 1964 der „Ausbau von Verteidigungs- und sonstigen militärischen Anlagen“ zugemutet, was Anlaß für Befehlsverweigerungen aus Gewissensnot war, die mit Militärgefängnis von bis zu zwei Jahren bestraft wurden. Die „Spatensoldaten“ galten als an die Militärdisziplin gebundene Soldaten, die sich mit einem Treuegelöbnis dem sozialistischen Staat unterwerfen sollten. Gelöbnisverweigerer wurden zu sechs Monaten Haft verurteilt. Die unbewaffneten Baueinheiten der NVA blieben für die SED bis zu ihrer Entmachtung eine „legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte“⁷. Sie waren tatsächlich Schulen der Opposition und überhaupt „eine der wenigen Möglichkeiten politischer Opposition, die unter den Diktaturbedingungen nach der Zerschlagung des Volksaufstandes 1953 übrig geblieben waren“. Übereinstimmend erkennen Wolfgang Rüdtenklau, Ulrike Franke, Ehrhart Neubert, Detlef Pollack und Peter Maser in den Wehrdienstverweigerern eine der drei wesentlichen Wurzeln von Opposition in der DDR.⁸

Schon die Tatsache, daß die legale Waffendienstverweigerung tabuisiert und ideologisch bekämpft wurde, legte den entlassenen Bausoldaten später als Pfarrer und Diakone die Aufgabe nahe, Erfahrungen und Informationen über Kriegsdienstverweigerung zu verbreiten. Immerhin schlugen sie – oft nach einer erzwungenen Lebensplanung – mehrheitlich eine kirchliche Laufbahnen ein, da ihnen andere Karrierewege verschlossen blieben. Die „Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen“ von 1965 wertete in nie wiederholter Klarheit die Leiden der Wehrpflichttotalverweigerer im

⁵ Schicketanz, Peter: Die Einrichtung von Baueinheiten innerhalb der Nationalen Volksarmee der DDR [1994]. In: Kirchliche Zeitgeschichte, Heft 1/1997, S. 189–205.

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. Eisenfeld, Bernd: Eine „legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte“. Zur politischen Wirkung der Bausoldaten in der DDR. In: *Deutschlandarchiv* 28(1994)3, S. 256–271.

⁸ Vgl. Maser: *Selbständigkeit*, S. 173; Rüdtenklau, Wolfgang: *Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989*. Berlin 1992, S. 28; Franke, Ulrike: *Geschichte der politisch alternativen Gruppen in der DDR*. In: Findeis, Hagen/Pollack, Detlef: *Die Entzauberung des Politischen: Was ist aus den politisch alternativen Gruppen in der DDR geworden? Interviews mit führenden Vertretern*. Leipzig: 1994, S. 14–34; Neubert, Ehrhart: *Erscheinungsformen der politischen Gegnerschaft*. In: Ders.: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Bonn 1997, S. 25–33; Pollack, Detlef: *Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR*. Opladen 2000, S. 66.

Straflager als das „deutlichere Friedenszeugnis“ der Christen. Sie war auf höchster Kirchenebene, der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, mit nur einer Enthaltung angenommen worden. An ihrer Ausarbeitung und Diskussion waren die beiden Bischöfe Johannes Jähncke und Friedrich Krummacker sowie Hans-Jochen Tschiche, Heino Falcke, Peter Schicketanz, Christoph Hinz, Christfried Berger, Otto Simon und Probst Fleischhack maßgeblich beteiligt. Auch Konsistorialrat Manfred Stolpe saß dabei.

Trotz Stasi-Überwachung und Verfolgung wegen Verdachtes der staatsfeindlichen Gruppenbildung und Militärsplionage entstanden überregionale Arbeitsgruppen im kirchlichen Raum. Unabhängige Veröffentlichungen verbreitete vor allem der Arbeitskreis Friedensdienst beim Evangelischen Jungmännerwerk Berlin. In Leipzig kamen ehemalige Bausoldaten jährlich zu zentralen Treffen zusammen, sowohl in Privatwohnungen als auch in katholischen und evangelischen Gemeinden. Diese zunächst auf solidarischen Beistand gerichteten Gruppen politisierten sich zunehmend, indem sie das Recht auf einen echten (zivilen und sozialen) Friedensdienst forderten und dem klassenkämpferischen Friedensbegriff des Staates argumentativ entgegentraten. Sie sägten somit unentwegt an den totalitären Stützpfählern von Ideologie und singulärer oligarchischer Parteilichkeit und unterliefen mit innerkirchlichen Informationen das staatliche Kommunikationsmonopol. Was sich zunächst als nach innen orientiertes, selbstbezogenes Handeln äußerte, erlangte zunehmend Außenorientierung. Die politisierten Akteure widersetzten sich der Militarisierung der Gesellschaft, die bereits im ersten Aufruf scharf verurteilt wird, den die Prenzlauer Bausoldatenbruderschaft 1966 über kirchliche Strukturen veröffentlichte.

Bausoldaten tendierten jedoch nicht zur Radikalopposition, waren eine kompromißbereite und dialogorientierte reformistische Opposition, was sich aus ihrer spezifischen diskursorientierten Friedensmoral ableitete. Diese Werte gerieten dennoch in heftigen Konflikt mit der kommunistischen Ideologie. Im ersten Jahrzehnt überwog unter ihnen das protestantische und – wie sich an Parteibindungen nach 1990 zeigt – sozialdemokratische Milieu. Sie erfüllten den weitgehend vom staatlichen Zugriff freien Raum Kirche beharrlich mit widerständigem Leben und verhalfen radikaleren Oppositionellen zu Spielraum, „ohne grundsätzlich die Machtfrage zu stellen“.⁹ Für einen Teil von ihnen läßt sich eine Politisierung in oppositionellen Basisgruppen bis hin zur Bürgerbewegung nachzeichnen.

Nicht nur das pazifistisch-christliche „Friedenszeugnis“ schuf Konflikte und Verweigerungshaltungen. Es waren die Wehrpflichterfahrungen selbst, die ins kommunikative Gedächtnis einer sich zunehmend freiheitlich, antiautoritär und auch in der DDR postmateriell orientierenden neuen Generation eingingen. Oft erzeugten erst die Bedingungen im sozialistischen Militär Widerspruch und Abwehr. Verletzungen der Würde waren Alltag, die DDR kannte ein solch verfaßtes Grundrecht nicht. Ein Jenaer Totalverweigerer berichtete, daß Mithäftlinge, die zuvor die NVA kennengelernt hatten, den Gefängnisalltag gegenüber dem Militärdrill als vergleichsweise „halb so schlimm“ bezeichneten.

Aus Jürgen Fuchs' Büchern *Fassonschnitt* und *Das Ende einer Feigheit* ist bereits einiges aus dem Innenleben der NVA bekannt. An seiner Biographie zeigt sich, daß die Erfahrung in der NVA direkt zu entschiedener Opposition führen konnte. Bernd Eisenfeld, selbst Bausoldat von 1966 bis 1967, veröffentlichte nach seiner Ausbürgerung

⁹ Maser: Selbständigkeit. S. 174, Fuchs, Jürgen: *Fassonschnitt*. Reinbek bei Hamburg 1984; ders.: *Das Ende einer Feigheit*. Reinbek bei Hamburg 1988.

das Standardwerk über die Spatensoldaten, *Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?*, und nahm sich in diversen Artikeln im *Deutschlandarchiv* des Themas an.¹⁰ Eisenfeld, gelernter Finanzwirtschaftler, hatte bereits Ende der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre empirisches Material zusammengetragen, illegale Befragungen unternommen und soziologische Statistiken aufgestellt. Eine – natürlich auch dann nur im Westen mögliche – Veröffentlichung vor seiner Ausreise hätte ihn unweigerlich erneut ins Gefängnis gebracht.

Vor der Enquete-Kommission des Bundestages zur SED-Diktatur wurde das Thema Wehrdienstverweigerung vom ehemaligen Totalverweigerer Uwe Koch vorgestellt, der überdies gemeinsam mit dem ehemaligen Bausoldaten Stephan Eschler eine kommentierte Dokumentensammlung herausgab, in der wichtige Zeitzeugeninterviews mit Bausoldaten der verschiedenen Perioden enthalten sind.¹¹ Nun waren auch entsprechende Stasi-Unterlagen zugänglich geworden.

Hier soll auf drei weitere Bücher hingewiesen werden, die Repression und Willkür nachvollziehbar machen. Holger Richter beschreibt eigene Erfahrungen als Bausoldat. Von politischer Haft in der NVA berichtet Stefan Wachtel im bislang einzigen Buch zum Militärgefängnis Schwedt. Justus Vesting hat eine Studie zu den Arbeitsbedingungen der Bausoldaten in den achtziger Jahren vorgelegt.

Holger Richters Güllenbuch

Holger Richter schildert im *Güllenbuch*¹² authentisch den Alltag der Bausoldaten während der zwölf Monate vor dem Mauerfall – und darüber hinaus. Alles ist frisch und echt an diesem kurz nach der friedlichen Revolution veröffentlichten Dokument. Die physische und seelische Gewalt durch die sozialistische Armee werden offenbar, jedoch auch der gemeinsame Widerstand. Es ist ein Buch, das in jede Zivildienstschule gehören sollte. Nur leider ist es vergriffen und wird nicht wieder aufgelegt. Selbst auf der Internetseite des Forum-Verlages findet sich kein Hinweis auf diese Perle seiner Editionen. In jede Zivildienstschule? Nein, in jede Schule in den Deutschunterricht. 115 Seiten Klartext über die Erfahrungen waffenloser NVA-Soldaten. Als Bausoldat von 1988 bis 1989 in Saßnitz, Merseburg-Korbetha und Schwedt macht der mit 18 Jahren einberufene Holger Richter etwas streng Verbotenes: Er führte Tagebuch. Das überlebte die vielen verdeckten und offenen Durchsuchungen in der Kaserne, weil es auf der Baustelle versteckt und als lose Blätter vom Autor regelmäßig nach Hause geschickt wurde. So konnte es 1990 als solide Grundlage für einen spannenden Tatsachenroman dienen. Zunächst geht es Richter um die Sprache, die ihm entgegenschlägt. „Bitter denkt er wieder daran: LTI. Oder soll er’s LQI, Lingua quartii imperii, nennen, hat die Sprache der deutschen Militärs Kontinuität, die Sprache des vierten deutschen Militärs, ist es die Sprache der handstreckenden Vorgänger?“¹³

¹⁰ Eisenfeld, Bernd: *Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?* Genesis, Befragung, Analyse, Dokumente. Frankfurt a. M. 1978.

¹¹ Koch, Uwe: Die Baueinheiten der Nationalen Volksarmee der DDR – Einrichtung, Entwicklung und Bedeutung. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Hrsg. Deutscher Bundestag. Bd. II/3: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Baden-Baden 1995, S. 1835–1891; Koch, Uwe/Eschler, Stephan: *Kopf hoch, Zähne zusammenbeißen*. Dokumente zur Wehrdienstverweigerung in der DDR 1962–1990. Kückenshagen 1995.

¹² Richter, Holger: *Güllenbuch*. Ein Buch über Bausoldaten. Leipzig 1991.

¹³ Ebd., S. 21.

Der Philologe Victor Klemperer, 1935 seiner jüdischen Herkunft wegen durch den NS-Staat von der Dresdener Hochschule verwiesen und zu Zwangsarbeit verpflichtet, untersuchte die *Lingua Tertii Imperii* (LTI), die Sprache des Dritten Reiches. Der Abiturient Holger Richter, geboren bei Dresden zehn Jahre nach dem Tod Klemperers, fragt: Wie steht es um die LQI im SED-Staat? Wie ist es um die „sprachliche Mechanisierung“¹⁴ beim sozialistischen Militär bestellt? Welche autoritären Traditionen wirken hier fort? „Nur das DDR-Emblem zeigt die Zeit an“.¹⁵ Richter demaskiert die DDR-Militärsprache; dabei fällt ihm nicht nur die Dopplung von Volks- und Nationaler Armee auf – „oder ist das eine Negierung?“¹⁶ Er stößt auf typische Begriffe wie Essenfassen, Reinschiffplan, Stiefelputz, Spindbau, Stubendurchgang, Zugführer, Sicherheitsbefehl, besonderes Vorkommnis, Arbeitsverrichtung außer der Reihe, Durchführung, Maßnahme, Erdarbeiten, zur besonderen Verfügung, Felddienstanzug Winter, Normabnahme, Truppen-Schutz-Maske¹⁷. Unteroffiziere keifen Befehle: „Diskutieren Sie nicht!“, „Kommt! Schlampen!“, „Ohne Gnade“. „Sie haben keinen Willen zu haben, es gibt hier Befehle“. Das ist für Richter und seine Mitsoldaten, die eigentlich Kriegsdienstverweigerer sind, das „Zeckensprech“, die „Sprache der Vorgesetzten, oft identisch mit LQI“.¹⁸

Die Untergebenen setzen mit ihrer „Güllensprache“ eine eigene Geheimsprache dagegen.¹⁹ Über sechzig Worte, welche die „Zecken“, die „Schweingänger“ nicht verstehen – ein „Ghettozeichen“.²⁰ Die Gülle, die Asche – viele Ausdrücke gibt es, die das Widerwärtige des Militärdienstes zu fassen suchten. Jeder Tag ist Kampf und versuchtes Widerstehen gegen die „oppressiven Umstände“²¹, die Unterdrückung und Beklemmung.

Durchgängige Konfliktlinie ist die Verletzung der Menschenrechte. Aus ihr erwächst ohnmächtige Wut und Haß auf die Offiziere und die Verhältnisse. „Die Gewichte der Wut. Und die der Macht. Liefern sich Kampf, bis *iustitia socialistica* fällt.“²² Bevor es aber soweit ist, verschärft sich der Drill noch einmal in den letzten drei Monaten vor dem November 1989. Das *Güllenbuch* kündigt von den alltäglichen Erniedrigungen und Schikanen, denen die Spatensoldaten in besonderer Weise ausgesetzt waren in der sozialistischen Armee, dem „faulen Staat im faulen Staat DDR“²³.

Mit Humor und Phantasie regt sich latenter Widerspruch, um ein Stück Würde zurückzuerlangen. Im Walzertakt tanzt die Bausoldatenkompanie dem befohlenen Gleichschritt aus der Reihe.²⁴ Verweigerungen der Zwangsarbeit werden vom Wettbewerb um die „Goldene Schnecke“ oder die „gebräunte Haut“, begleitet. Sie haben ihren Marktwert ausgerechnet: Bausoldaten bringen der NVA 23 Mark pro Arbeitsstunde ein

¹⁴ Ebd., S. 8.

¹⁵ Ebd., S. 12.

¹⁶ Ebd., S. 7.

¹⁷ Die Gasmaske wurde nicht als solche benannt, da damit eine Lebensgefahr signalisiert worden wäre.

¹⁸ Ebd., S. 69.

¹⁹ Ebd., S. 67.

²⁰ Ebd., S. 70.

²¹ Ebd., S. 82.

²² Ebd., S. 105.

²³ Ebd., S. 114.

²⁴ Ebd., S. 25.

und erhalten 150 Mark Sold im Monat.²⁵ Gestritten wird um die Durchsetzung von Verfassungsrechten, wie den Gottesdienstbesuch, oder um Symbolisches, wie etwa das Foto des „Schwerter zu Pflugscharen“-Denkmals vor der UNO, das per Befehl in der „Soldatenstube“ nicht aufgehängt werden darf.²⁶

Richter stellt keine falschen Heldenmythen her, schreibt auch vom Zoff unter den Bausoldaten: Intellektuelle gegen Anpasser und „handfeste Nazis“.²⁷ Bausoldaten sind per se keine Gutmenschen, sondern junge Männer um die zwanzig, die den „staatlich sanktionierten Freiheitsentzug, eineinhalb Jahre lang“,²⁸ ertragen müssen. Manche von ihnen werden Freunde, was in einer Zwangsgemeinschaft hinter Stacheldraht ein schwieriger Prozeß ist. Bausoldat zu sein, heißt, inkonsequent zu leben.²⁹ Auch Richter gibt zur Einberufungsüberprüfung zunächst an, daß er den Wehrdienst total verweigern will. Dann aber kommt die Angst, nach den Drohungen mit dem Militärgefängnis Schwedt und den scheinbar wohlmeinenden Worten einer „Rechtsanwältin“, die ihm zwei Jahre Haft vor Augen führt.

Der Zwang zur Selbstverleugnung gebiert dunkle Fluchtpläne. Im achten der 15 Kapitel reflektiert Richter den eigenen bis ans Existentielle gehenden individuellen Widerstand. Reaktive Psychose. Gespielt. Mit „Lügen gegen ein Lügensystem“.³⁰ Wolfgang Borcherts *Jesus macht nicht mehr mit* – mitten im Friedhofsrieden der DDR.

Auslöser ist der psychische Drill, die Gewissensnot, Dinge tun zu müssen, deren Widersinnigkeit jeden Augenblick spürbar ist. Es gibt keinen Raum für Wahrhaftigkeit, es sei denn um den Preis der völligen Entrechtung. „Wir leiden für nichts, wenn wir mit dem Bausoldatensein wenigstens irgend etwas in diesem Staat ändern.“³¹

Gibt es keinen Ausweg aus der unverschuldeten Unmündigkeit? Doch: Einerseits die Kultur und zum anderen die gemeinsame politische Artikulation, der Widerspruch. Musik schafft Gemeinschaft. Frühere Bausoldatengenerationen haben es vorgemacht. Holger Richter gründet eine Band, vertont Texte, deren Hintersinn der kontrollierende Politoffizier nicht ganz versteht. „Unverdrossen wird’s uns geben / niemals kriechen immer leben“ schmettern die „Unknown Soldiers“ punkig durch den Kasernenraum. Natürlich wird die Band durch Versetzungen auseinandergerissen. „Liquidiert“ heißt das im Stasi-Jargon. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Im Mai 1989 beteiligen sich Saßnitzer Bausoldaten an der Wahlbeobachtung, kontrollieren die Stimmenauszählung und stellen zwei Prozent Neinstimmen fest, in einem Wahlbezirk, der fast nur von Offizieren und Zöllnern bevölkert ist.³² Während die Schikanen immer unerträglicher werden, reift ein gemeinsamer politischer Aufruf, den 28 von 30 Saßnitzer Bausoldaten unterschreiben werden. Sie fordern in einem Offenen Brief „Zivilen Friedensdienst“ und machen mit Hilfe des Pfarrers am Ort die nachfolgenden Repressionen öffentlich, zu denen totale Ausgangssperre, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen

²⁵ Ebd., S. 34.

²⁶ Ebd., S. 31.

²⁷ Ebd., S. 79.

²⁸ Ebd., S. 35.

²⁹ Ebd., S. 80.

³⁰ Ebd., S. 48.

³¹ Ebd.

³² Ebd., S. 74.

gehören. Heimlich verbotene „Westsender“ hörend, freuen sie sich, daß der RIAS ihren Aufruf zitiert: „Wir sind nicht allein“.³³

Der Anhang der Eingabe enthält konstruktive Vorschläge zum Implementierungsprozeß. Ein „Koordinierungsausschuß ziviler Wehrersatzdienst“ soll gebildet werden, Dialog und offene Diskussion werden eingefordert, ganz im Zeichen von Glasnost. Aber das System mit dem totalitären Herrschaftsanspruch stellt nichts zur Diskussion. Das wissen auch die 28 Bausoldaten, dennoch wagen sie den Widerspruch in der angespannten Atmosphäre ab August 1989, als jede Schreibmaschine den Offizieren als potentielle Waffe gilt und gemäß Sicherheitsbefehl eingezogen wird.

Sie fordern nicht nur einen echten Zivildienst, sondern klagen auch die unwürdigen Verhältnisse in der Armee an, die sie zu Befehlsempfängern degradiert: Unmündigkeit, Macht der Vorgesetzten, Desinformation, Isolation. Sie beklagen die mangelhaften sozialen und umweltpolitischen Dienstleistungen des Staates, wollen reformieren. Und sie beziehen sich auf Vorschläge des seit 1986 bestehenden Arbeits- und Koordinierungskreises zum Wehrdienstproblem, der vom Seminar „Konkret für den Frieden“ ausging. Was sie nicht ahnen, der Rechtsanwalt ihres Vertrauens trägt den Decknamen „Dr. Ralf Schirmer“ und berichtet im Juli seinem Führungsoffizier Joachim Wiegand über die Ratsuche des als Kontaktadresse fungierenden Bausoldaten Axel Rudolph. Im Band 14 der Akte des Rechtsanwalts und IM Wolfgang Schnur ist die Eingabe mit allen Unterzeichnern konserviert. Die Petition ist auch im Berliner Matthias-Domaschk-Archiv archiviert. Richter verzichtet im Buch auf einen Dokumentenanhang, der für eine Neuauflage zu empfehlen wäre.

Wer in der DDR Dissens formuliert, riskiert Gefängnis. Wer es in der NVA tut, riskiert Schlimmeres: Schwedt und „Nachschlag“. Der Offene Brief wird im August 1989 mit Unterstützung der Umwelt-Bibliothek Berlin in dreihundert Exemplaren an staatliche und kirchliche Stellen sowie oppositionelle Gruppen verschickt. Das ist für die Stasi die offene „feindlich-negative“ Konterrevolution, sozusagen ein Angriff von der waffenlosen Front. Als Durchsuchungen folgen, sogenannte Tiefenkontrollen,³⁴ schallen unerhörte Rufe durch die Saßnitzer Kaserne: „Stasi raus!“³⁵ Das ist einige Monate vor den beginnenden Demonstrationen, bei denen dieser Ruf durch die Straßen hallen wird.

Schließlich ist es soweit: „Wir haben es geschafft. Wir waren beteiligt. Nichts war umsonst. [...] Die Tage der Zecken sind gezählt. Der Stasi-Chef geht. Der Propaganda-Chef geht. Die Miß Bildung geht. Dann tritt die Regierung zurück.“³⁶ Die Bausoldaten erleben, wie sich die Offiziere winden und wenden. Eilfertig bieten Bataillonskommandeur Bodo Brozio, Kompaniechef Held und Politoffizier („Politnik“) Arndt „Dialog“ an.³⁷ Ein bitteres Fazit bleibt: „Viele der handelnden Offiziere und Unteroffiziere stehen heute im Dienst der Bundeswehr“.³⁸

Hätte die DDR weiterbestanden, Richter hätte nach seiner Veröffentlichung über den Bausoldatenalltag, die auch gar nicht in der DDR hätte erscheinen dürfen, weder (Psychologie) studieren und schon gar nicht 2001 mit einem Kernthema zur Herrschaftssi-

³³ Ebd., S. 103.

³⁴ Ebd., S. 56.

³⁵ Ebd., S. 66.

³⁶ Ebd., S. 110.

³⁷ Ebd., S. 106.

³⁸ Ebd., S. 5.

cherung der SED promovieren können: die Operative Psychologie des MfS. „Das wichtigste Ergebnis dieser Wende sind“ aber zunächst für Holger Richter „128 ersparte Armeetage.“³⁹

Justus Vesting zur Zwangsarbeit

Das Thema Zwangsarbeit wird im *Güllenbuch* ebenfalls angesprochen. Richter war mit anderen Spatensoldaten nach Buna abkommandiert worden, zum „Einsatz Volkswirtschaft“. Buna war damals das einzige noch auf Kalkbasis funktionierende Karbidwerk in Europa. „Die dreißig [Bausoldaten] schweigen während der Fahrt, die Literaten denken an Dante, die Christen an die Apokalypse, beim Aussteigen nur sagt einer: Wenn wir das hier überleben.“⁴⁰ Ein ähnlicher Satz ging dem Strafgefangenen Sauer durch den Kopf, als er 1981 einem Arbeitskommando in der Bitterfelder Chlorelektrolyse zugeteilt wird: „Hier komme ich lebendig nicht mehr raus.“⁴¹

Justus Vesting hat in Militär-, Stasi-Unterlagen-, Landes- und Betriebsarchiven geforscht, Zeitzeugen befragt und der Bewertung der gesundheitsschädlichen Zwangsarbeit von Strafgefangenen und Bausoldaten im Chemiedreieck Bitterfeld–Buna–Leuna eine erste empirische Grundlage verschafft. Die Untersuchung umfaßt hauptsächlich den Zeitraum der achtziger Jahre.

Seit 1952 wurden Strafgefangene in den maroden Chemiebetrieben eingesetzt, um Produktionsausfälle zu vermindern, denn die Fluktuation der Arbeitskräfte war wegen der Gesundheitsgefahren enorm gestiegen. Die stete Verfügbarkeit der Häftlinge im Schichtbetrieb, Druck ausübende Häftlingshierarchien und materielle Anreize sollten die Planwirtschaft endlich in Schwung bringen.

Dies war auch ein Hauptgrund dafür, daß Bausoldaten von 1984 an in größerer Zahl Industriebetrieben und Großbaustellen zugewiesen wurden. Ab Herbst 1986 ersetzten die Kriegsdienstverweigerer zunehmend die im Chemiekombinat Bitterfeld seit 1976 eingesetzten Baupioniersoldaten. Angesichts steigender Verweigererquoten sollte der waffenlose Dienst unattraktiver werden. Ähnlich wie die Strafgefangenen wurden die Waffenverweigerer zu Arbeiten befohlen, die sich alteingesessene Arbeiter nicht mehr zumuten ließen. Doch im Gegensatz zu Gefangenen und Arbeitern formulierten die in den achtziger Jahren gebildeteren Spatensoldaten Widerspruch und machten Kirchenleitungen und Gemeinden auf die lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen aufmerksam. Die Kritik der Bausoldaten gegenüber den Arbeitsbedingungen war sicher größer, als es im Buch dargestellt werden konnte.

Beeindruckend ist das Dokument der katholischen Bausoldaten in Bitterfeld, die ihre Bischöfe über die Bedingungen in den Aluminiumwerken in Kenntnis setzten. Sie berichten von Abgasen, Verbrennungen durch glühende Spritzer, fehlende Schutzbekleidung, mangelhafte Sanitäreinrichtungen, Stromschlaggefahren und dem lebensbedrohlichen Balancieren über der flüssigen Schmelze. Selbst die Gebäude waren einsturzgefährdet, Kübel mit flüssiger Schmelze durchbrachen den Fußboden der Arbeitshalle. Als sich

³⁹ Ebd., S. 114.

⁴⁰ Ebd., S. 29.

⁴¹ Vesting, Justus: „Mit dem Mut zum gesunden Risiko“. Die Arbeitsbedingungen von Strafgefangenen und Bausoldaten in den Betrieben der Region Bitterfeld, Buna und Leuna unter besonderer Berücksichtigung des VEB Chemiekombinat Bitterfeld. Hrsg. dDie Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt. Magdeburg 2003 (Reihe Sachbeiträge; Nr. 30).

die Spatensoldaten mit Eingaben an staatliche Stellen zu Wort melden, folgen Einschüchterungsversuche und Beschwichtigungen.

Lediglich politische Gefangene, die ausgebürgert wurden, konnten in der Bundesrepublik Medienöffentlichkeit herstellen, wie Artikel von 1983 in *Welt* und *FAZ* darlegen, die im Buch dokumentiert sind. Nach bisheriger Aktenlage gab es durch Quecksilbervergiftung mindestens drei Tote unter den Häftlingen. Elektrische Schläge und Explosionen forderten weitere Tote unter den Strafgefangenen. Eine sichere Quellengrundlage über Langzeit- und Dauerschäden durch Quecksilberdämpfe, Chlorgas oder Phosphin existiert jedoch nicht. Vesting verweist im Vorwort auf diese Lücke, die nur durch weitere Recherchen zu schließen ist. Betroffene können sich bei der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt melden (www.landesbeauftragte.de).

NVA-Berufssoldaten wollen je 60 000 Euro Schmerzensgeld für Gesundheitsschäden durch Radarstrahlen einklagen. Müßten nicht auch Bausoldaten Schmerzensgeld erhalten – schon allein aus dem Grund, daß ihnen eine echte Kriegsdienstverweigerung verwehrt wurde? Die Untersuchung Vestings sollte Anlaß geben, wenigstens über Entschädigungen für Gesundheitsschäden nachzudenken, auch wenn die Nachweisführung schwierig bleibt.

Vestings Resümee lautet: Nicht die Gesundheit der Arbeitenden, sondern die Produktion hatte Vorrang, die Folge war ein „Raubbau an dem Leben und der Gesundheit der Strafgefangenen und Bausoldaten“. Ihr Einsatz in den Chemiebetrieben stellt einen „Höhepunkt der Skrupellosigkeit, aber auch der Hilflosigkeit der DDR-Wirtschaftspolitik dar“, da sie durch Befehlsgewalt den existenzbedrohenden Gefahren ausgeliefert waren.

Stefan Wachtel über Schwedt

Nicht nur bei Arbeitsverweigerung riskierten Spatensoldaten eine Verurteilung zu „Schwedt“. Schwedt war das Angstwort in der Nationalen Volksarmee, und das nicht nur unter Bausoldaten. Bei Unbotmäßigkeiten drohten die Offiziere ihren Untergebenen: „Du kommst nach Schwedt.“ Die 1968 gegründete und erst im Frühjahr 1990 aufgelöste Militärstrafanstalt galt als verschärftes Umerziehungslager. Militärische Sondergerichte verfügten die Einlieferung in die sogenannte Disziplinareinheit.

„Wer dort war, schweigt.“ So lautet der Titel eines im Jahr 2000 fertiggestellten Films von Reinhard Joksch und Stefan Starina über das NVA-Straflager. Einer der Zeitzeugen, der jetzt Superintendent in Lutherstadt Wittenberg ist, hatte 1982 mit zwei weiteren Bausoldaten die Zuarbeit zum Bau eines Schießstandes in Stendal verweigert. Das Urteil des Militärgerichts Magdeburg: neun Monate. Ein anderer ehemaliger Insasse, Stefan Wachtel, legte 1991 das erste authentische Buch vor über die Praktiken des militärischen Strafvollzugs in der ehemaligen DDR, aus dem im Film zitiert wird.⁴²

Wachtel berichtet zunächst von seinem „Delikt“ und der Angst vor der Entdeckung. Der 19jährige Unteroffizier hatte in einem Gespräch unter „Kameraden“ leise den Afghanistankrieg der Sowjetarmee kritisiert. Er wird denunziert und verhaftet. Paragraph 220 des DDR-Strafgesetzbuchs begreift solche Äußerungen als „öffentliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ und sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vor. Für Wachtel wird es ein ewiges halbes Jahr. Er beschreibt die quälende Unge-

⁴² Wachtel, Stefan: Delikt 220. Bestimmungsort Schwedt. Gefängnistagebuch. Rudolstadt 1991.

wißheit während der fünf Monate Untersuchungshaft. Wie lange wird es dauern? Wo wird es enden? In keinem gewöhnlichen Gefängnis. Der Alltag in Schwedt wird von Wachtel auf den letzten zehn der hundert Buchseiten nur knapp umrissen. Es scheint unbeschreibbar: „Die Hölle. Irgendwie überstehen.“

Drei Baracken mit je 90 bis 130 Häftlingen nimmt Wachtel wahr, teilt sich mit 18 eine Zelle. 25 Prozent der Inhaftierten sind wegen des gleichen „Delikt 220“ hier. Zwangsarbeit auch in Schwedt, Wachtel schraubt für den VEB Leuchtenbau. Als er seine Bibel zum Lesen verlangt, antwortet der Kompaniechef, ein Hauptmann und Diplom-Psychologe: „Es gibt keine Freiheit der Religionsausübung. Hier jedenfalls nicht. Hier gibt es eine Anstaltsordnung und ich bin hier der Erzieher. Ich befürchte, es könnte nicht das letzte Mal sein, daß Sie hier sind.“ Nachts dürfen die Häftlinge nur langärmelige Unterhemden tragen, keine Hosen. Wachtel wird beim Rauchen auf der Toilette erwischt. Es folgt der Knast im Knast, die „Mumpe“ im Keller, drei Tage lang. Um sechs Uhr raus zum Waschen, Notdurft, aber in den Zelleneimer. „Und ich bin nicht ein einziges Mal geschlagen worden. Das müssen SIE hier nicht.“ Am Entlassungstag die obligate Schweigeverpflichtung.

Es hat ein Nachspiel. Als es Wachtel zwei Jahre später gelingt, einen Studienplatz der Sprechwissenschaft in Halle zu bekommen, versucht die Stasi, ihn anzuwerben. Er bleibt unter Beobachtung. 1989 gehört er zu den Botschaftsflüchtlingen, die die DDR verlassen. „Das wird kein Ausreisen, kein Reisen, das wird eine Hatz.“